

Stephan Schölzel: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949.-

Mainz: von Hase und Koehler 1986, 321 S., DM 32,-

Will man sich über das Vorgehen der alliierten Besatzungsmächte bei der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945 unterrichten, so findet man in den einschlägigen, zumal überblickshaften Darstellungen meistens das amerikanische und das britische Modell kontrastiert. Während die Amerikaner eine Lizenz jeweils an mehrere Träger vergaben, die verschiedenen politischen Gruppierungen angehörten, also gewissermaßen den 'Binnenpluralismus' in der Presse zu verwirklichen suchten, erteilten die Engländer die Lizenzen an Vertreter unterschiedlicher politischer Positionen, womit eine Art 'Außenpluralismus' hergestellt werden sollte. Im Angesicht dieser grundsätzlichen Kontrastierung blieb das Vorgehen der französischen Besatzungsmacht hingegen bis heute (!) undeutlich und wurde mitunter als Mischung der beiden obigen Prinzipien angegeben.

Es war daher längst überfällig, die Pressepolitik in der von Frankreich besetzten Zone gesondert und genauer zu untersuchen. Daß dies lange nicht geschah und die Forschungslage damit schlechter war als in bezug auf die amerikanische oder britische Besatzungszone, hat mit der Zurückhaltung der Franzosen bei der Freigabe der Quellen zu tun. Stephan Schölzel hat für seine Untersuchung - eine an der Universität Trier angefertigte historische Dissertation - erstmals Akten aus dem Bereich der für die Presse zuständigen Abteilungen der ehemaligen Militärregierung auswerten können. Darüber hinaus hat er Interviews mit noch lebenden, von den damaligen Ereignissen betroffenen Zeitzeugen geführt, die allerdings, wie eingeräumt wird, "beachtliche Unterschiede in den Antworten" (S.6) ergaben. Schließlich hat er sich auch um die Einsichtnahme in die während der Lizenzierungsphase entstandenen Zeitungen bemüht, wobei er auf erhebliche Bestandslücken stieß.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Gleichschaltung der deutschen Presse im Dritten Reich skizziert Schölzel - im Anschluß an die dazu vorliegende Literatur - die schon vor Kriegsende einsetzende alliierte Presseplanung für die Nachkriegszeit. Während die Amerikaner und Engländer hier frühzeitig aktiv wurden, waren die Franzosen daran

zunächst nicht beteiligt. Daß Frankreich als 'verspätete Siegermacht' hinzu trat, hatte u.a. zur Folge, daß auch der Aufbau einer für die Presse zuständigen Verwaltungsabteilung der französischen Besatzungszone erst später einsetzte. Die erste, von ihr zugelassene Zeitung erschien am 4. August 1945. Trotz des Planungsrückstands bestand für die Besatzungszone die gleiche rechtliche Ausgangslage. Bei ihrem Vorgehen fußten die Franzosen zwar auf den amerikanischen Maßnahmen, schlugen dann aber eigene Wege ein. Der Hauptunterschied lag nach Schölzel darin, daß die französischen Behörden einzelne Lizenznehmer bevorzugten und bei deren Auswahl weniger streng, sondern eher pragmatisch und flexibel handelten, auf der anderen Seite aber darauf achteten, daß in den Redaktionen die wesentlichen politischen und konfessionellen Richtungen vertreten waren. Als Ergebnis dieser in den redaktionellen Bereich verlagerten 'Ausgewogenheit' entstanden in der Regel überparteiliche Informationszeitungen.

Wie Stephan Schölzel nachweist, wurde die Verspätung in der Pressepolitik der französischen Besatzungsmacht rasch aufgeholt. Mitte Dezember 1945 erschienen in ihrer Zone bereits 13 Zeitungen mit einer Auflage von knapp 1,5 Millionen Exemplaren. Das Jahr 1946 brachte einerseits eine Konsolidierung, zeitigte andererseits aber Vorbereitungen für eine Pressereform. Im Kern zielte diese Pressereform, die im Frühjahr 1947 einsetzte und parallel lief zur Ablösung der Vor- durch die Nachzensur, auf die Zulassung von Parteizeitungen ab. Diesen sollten 20 Prozent der Gesamtauflage zustehen, die Auflage im Einzelfall sich nach den Wahlergebnissen richten. Damit war ein Dualismus in der Pressestruktur der französischen Besatzungszone installiert, der bis zur Aufhebung des Lizenzzwangs im September 1949 anhalten sollte. Allerdings konnten, wie man weiß, die Parteizeitungen den Vorsprung der stabilen überparteilichen Informationszeitungen kaum mehr wettmachen. Während letztere zumeist ihren Bestand über die Besatzungszeit hinaus sichern konnten, vermochten sich erstere langfristig nicht zu behaupten.

Die hier grob nachgezeichnete Entwicklung der Presse in der französischen Besatzungszone wird vom Verfasser auf breiter Grundlage beschreiben. Er geht nicht nur auf die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein, sondern behandelt auch die materiellen und technischen Voraussetzungen. Erstaunlich konkrete Daten kann er z.B. für die Versorgung mit Zeitungsdruckpapier liefern. Nicht weniger präzise sind die Angaben zur Auflagenentwicklung, deren Anstieg nur durch die Währungsreform unterbrochen wurde. Auch die Veränderungen in Umfang, Erscheinungshäufigkeit und Zahl der Lokalausgaben werden vermerkt. Außer zum Pressesystem finden sich nähere Ausführungen zu bestimmten, wegen ihres 'Schicksals' besonders bemerkenswerten Zeitungen, zum Konstanzer *Südkurier*, dem *Rheinischen Merkur* oder zur

Mainzer Allgemeinen Zeitung, aus der bekanntlich auch die *Frankfurter Allgemeine* hervorging. Übrigens plante deren (Mit-)Begründer Erich Dombrowski mit Unterstützung französischer Behörden schon damals in Mainz eine Presseakademie zur Ausbildung des journalistischen Nachwuchses. Manche derartige Informationen fallen in Schölzels Darstellung wie beiläufig an. Dies zumal, da Schölzel auf verschiedene Randthemen eingeht, auf die Gründung der Nachrichtenagentur(en) ebenso wie auf den Wiederaufbau der berufspolitischen Organisationen der Verleger und Journalisten. Die Presse im Saarland wird zudem nicht ausgespart.

Sein Thema fast schon überziehend, widmet Stephan Schölzel noch ein eigenes Kapitel dem Inhalt und der Berichterstattung der neu erstandenen Presse in der französischen Besatzungszone. Zwar handelt es sich nicht, wie er ankündigt, um eine "Inhaltsanalyse" (S.6) im strengen Sinne, aber dergleichen wird man von dieser Studie auch nicht erwarten. Der Verfasser belegt mit ausgiebigen Zitaten zunächst die Programmatik und publizistischen Grundsätze sowohl der überparteilichen Zeitungen wie der Parteirichtungszeitungen. Aus den Geleitworten und Kommentaren erklingt die klare Sprache des (gemeinsamen) Willens zur politischen, geistigen und moralischen Erneuerung. Bei genauerem Zuhören sind jedoch auch manche Varianten zu bemerken. Ähnliches gilt für das Thema, an dem Schölzel exemplarisch den Inhalt der damaligen Zeitungen untersucht: die französische Deutschlandpolitik. Obwohl hier zeitweise besondere Vorsicht geboten (oder erzwungen) war, zeigten sich bald ebenfalls Nuancen - und der Freiraum für kritische Äußerungen nahm zu. Frühe, wenn auch pauschale Befragungsergebnisse erlauben sogar gewisse Antworten darauf, wie die Leser die Berichterstattung ihrer Zeitungen vor gut vier Jahrzehnten beurteilt haben.

Stephan Schölzel hat im vorliegenden Buch eine umfassende, breit fundierte und detailreiche Untersuchung zur Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949 vorgelegt. Das Bild, das er entwirft, ist differenziert und verschweigt auch nicht manche Inkonsequenzen oder Inkonsistenzen, die auf Kompetenzstreitigkeiten oder Divergenzen zwischen den beteiligten Personen und Stellen zurückgingen. Angesichts des vorzüglichen Eindrucks kann man es sich fast ersparen, auf einzelne Unzulänglichkeiten hinzuweisen, von denen man nur wenige entdeckt. Mitunter gibt es eine Unsicherheit im Begrifflichen, so wenn der Begriff "Auflage" statt "Ausgabe" (S.62) verwendet wird - oder die Begriffe "Auflagendichte" (S.168) und "Zeitungsdichte" (S.155). Der Sache nach nicht logisch nachzuvollziehen ist ein Satz wie folgender: "Der Auflagenrückgang konnte somit durch die erhöhte Erscheinungshäufigkeit und eine leichte Steigerung des Zeitungsumfangs mehr als ausgeglichen werden" (S.172). Aber solche Kleinigkeiten sind auch das einzige, was man an der vorliegenden Untersuchung kritisch anmerken kann, die als

ein kaum zu überholendes Standardwerk über den Wiederaufbau des Pressewesens in Deutschland nach 1945 auch eine etwas verspätete Anzeige verdient.

Jürgen Wilke (Mainz)